

Protokoll

12. Sitzung vom 20. Mai 2019

rsa

Seite 267

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 20. Mai 2019, 19.00 Uhr – 20.00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	33 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Roger Kempf, Ratssekretär, Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv., sowie Peter Krapf, Ratsweibel
Entschuldigte	Judith Fürst (Krank) Martin Schlatter (gesundheitliche Gründe)

Traktanden

1. Mitteilungen
- ~~2. Abnahme des Protokolls vom 15. April 2019~~
3. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Raumplanungskommission für den Rest der Amtsdauer 2018-2022
4. Postulat von Christian Gross, SP, vom 4. April 2019, betreffend Klimanotstand; Begründung
5. Motion von Christian Gross, SP, und Lukas Wiederkehr, CVP, vom 16. April 2019, betreffend Vaterschaftsurlaub; Begründung
6. Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 18. April 2019, betreffend Energiesparcontracting (ESC) in Wädenswil; Begründung
7. Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 18. April 2019, betreffend beratende Kommissionen des Stadtrats; Begründung
8. Postulat von Lukas Wiederkehr, CVP, Michael Weiss, GLP, und Christian Gross, SP, vom 11. Dezember 2017, überwiesen am 19. März 2018, betreffend Urban Gardening in Wädenswil; Beantwortung
9. Postulat der SP-Fraktion, vom 16. Januar 2018, überwiesen am 19. März 2018, betreffend Verbesserung der Suchfunktion auf www.waedenswil.ch; Beantwortung
- ~~10. Postulat von Judith Fürst, SP, vom 12. März 2018, überwiesen am 9. April 2018, betreffend Stadtratsbeschlüsse aktiv publizieren; Beantwortung~~

11. Einbürgerungen

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 10. Mai 2019 in der ZSZ amtlich publiziert.

Es gibt keine Einwände gegen die Traktandenliste.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident André Zürcher begrüsst zur Sitzung. Speziell begrüsse er den neuen Gemeinderat Pascal Rubin, BFPW.

1.1 Vorgehen bei der Einreichung von politischen Vorstössen

Gemeinderatspräsident André Zürcher informiert, dass gemäss Art. 6 Abs. 6 Geschäftsreglement Gemeinderat parlamentarische Vorstösse schriftlich dem Präsidium einzureichen, klar abzufassen und zu unterzeichnen seien. Eine elektronische Version des Vorstosses könne direkt dem Sekretariat eingereicht werden.

Um einen reibungslosen Ablauf zu garantieren, sei das Original des Vorstosses mit Unterschrift direkt ins Stadthaus zu schicken. Gleichzeitig sei der Vorstoss in elektronischer Form (Word und PDF) dem Gemeinderatspräsidium und dem Ratssekretariat einzureichen.

1.2 Eingänge

- Rechnung 2018 Wädenswil
- Rechnung 2018 Schönenberg
- Rechnung 2018 Hütten
- Beantwortung des Postulats von Judith Fürst, SP, vom 12. März 2018, überwiesen am 9. April 2018, betreffend Stadtratsbeschlüsse aktiv publizieren
- Weisung 12, vom 1. April 2019, Teilrevision der kommunalen Verkehrsbaulinien; Festsetzung
- Postulat von Christian Gross, SP, vom 4. April 2019, betreffend Klimanotstand
- Sitzplan Gemeinderat 2019/2020
- Geschäftsbericht des Stadtrats Wädenswil 2018
- Schriftliche Anfrage der SVP-Fraktion, vom 10. April 2019, betreffend weniger Sicherheit wegen Entfernen von Strassenlaternen
- Schriftliche Anfrage der EVP-Fraktion, vom 11. April 2019, betreffend Buslinien in der Au
- Motion von Christian Gross, SP, und Lukas Wiederkehr, CVP, vom 16. April 2019, betreffend Vaterschaftsurlaub
- Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 18. April 2019, betreffend Energiesparcontracting (ESC) in Wädenswil

- Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 18. April 2019, betreffend beratende Kommissionen des Stadtrats

1.3 Überweisungen

Die Weisung 12, vom 1. April 2019, Teilrevision der kommunalen Verkehrsbaulinien; Festsetzung, wurde zur Vorberatung an die Raumplanungskommission überwiesen.

16.04.43

3. Offene Ersatzwahl eines Mitglieds der Raumplanungskommission für den Rest der Amtsdauer 2018-2022

Die IFK Präsidentin Gabi Bachmann schlägt im Namen der einstimmigen IFK **Pascal Rubin, BFPW**, vor.

Pascal Rubin, BFPW, wird ohne Weiterung und Auszählung als Mitglied der Raumplanungskommission (Ersatz für den aus dem Gemeinderat zurückgetretenen Ivo Peyer, BFPW) für den Rest der Amtsdauer gewählt.

34.07.00

4. Postulat von Christian Gross, SP, vom 4. April 2019, betreffend Klimanotstand; Begründung

Christian Gross, SP, führt aus, dass am 7. Juni 2017 der Ständerat dem Pariser Klimaabkommen zugestimmt und die Schweiz das Abkommen somit offiziell ratifiziert habe. In diesem Abkommen werde festgehalten, dass die Klimaerwärmung auf deutlich unter zwei Grad beschränkt werden solle. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten die Nettoemissionen deutlich und rasch gesenkt werden. Am 13. Mai 2019, also vor einer Woche, seien im Kantonsrat Zürich zwei Postulate von Hannah Pfalzgraf und Sonja Gehrig überwiesen worden. Die Forderung sei, dass der Kanton zeigen solle, wie er Nettonullemissionen bis 2050 einhalten wolle und er den Klimanotstand ausrufen solle.

Eigentlich sollte es klar sein, er sage es aber zur Sicherheit trotzdem nochmals: Wädenswil liege in der Schweiz und per Zufall sogar im Kanton Zürich. Egal ob das Postulat heute überwiesen werde oder nicht, sie hätten eine Verpflichtung, Nettonull bis 2050 zu erreichen.

Weil, wenn die einzelnen Gemeinden, gemäss Aargauer Einbürgerungstest immerhin das Fundament der Schweiz, wenn die einzelnen Gemeinden das Ziel nicht erreichen würden, stelle sich die Frage, wie die Schweiz als Ganzes denn klimaneutral sein solle, wie der Kanton Zürich. Der Unterschied sei einfach, ob sie sich dieser Verpflichtung bewusst seien und entsprechend vorausplanen wollen oder nicht. Darum gehe es heute. Es sei aber nicht einfach eine Verpflichtung aufgrund von Bund und Kanton. Es bestehe auch eine direkte Notwendigkeit. Die Menschheit habe es in den letzten 200 Jahren geschafft, massive Temperaturveränderungen auszulösen und falls so weitergemacht werde wie bisher, sei das erst der

Anfang gewesen. Das Problem werde nicht einfach sein, dass in den meisten Wintern nicht mehr Ski gefahren werden könne. Extreme Wetterereignisse, für die Schweiz heisse das konkret Überschwemmungen, würden zunehmen. Das sei nicht mehr einfach nur unangenehm, sondern tödlich. Das Schlimmste aber seien die Feedbackschleifen im globalen Klima. Das Eis der Arktis wirke wie ein riesiger Spiegel, der Energie zurück ins All reflektiere. Im sibirischen Permafrost seien x Tonnen Methan eingefroren. Wenn der Permafrost tauere und das arktische Eisschild verschwinde, nehme die Klimakrise nochmal eine ganz neue Dimension an. Dann seien sie schnell in einem Effekt, der nicht mehr gestoppt werden könne. Darum müsse jetzt gehandelt werden, bevor es zu spät sei.

2050 töne nach ferner Zukunft, das sei aber falsch. Bis 2050 würden ihnen 31 Jahre verbleiben. Das sei nur etwa gleich viel Zeit wie seit dem historischen Mauerfall, den viele von ihnen sicher noch in Erinnerung hätten. Sie hätten nicht mehr x Generationen Zeit, sondern müssten jetzt handeln.

Zum Schluss wolle er noch auf zwei Punkte eingehen, die im Vorfeld kritisiert worden seien. Ihm sei gesagt worden, dass der Vorstoss Symbolpolitik sei. Er würde das jetzt gerne abstreiten, aber da er genau dies im Vorstoss selber geschrieben habe, müsse er wohl sagen; „ups, erwischt.“ Er wolle an dieser Stelle aber Alt-Bundesrat Moritz Leuenberger zitieren: „Symbolpolitik gehört einfach dazu. Politik besteht zu einem wesentlichen Teil aus Symbolen.“ Er habe Recht. Symbole würden helfen, die oft komplexe Politik zu ordnen und würden eine sehr ähnliche Funktion erfüllen wie das Leitbild, das seine Kommissionskollegin Christina Zurfluh Fraefel in fast jeder Budgetsitzung fordere, bisher leider vergeblich. Wie Leitbilder würden auch Symbole helfen, ihnen vor Augen zu halten, wohin sie wollen bzw. wo sie hin müssten. Das Symbol „Klimanotstand“ zeige, dass die Klimakrise als Herausforderung anerkannt werde und sie bereit seien, zu handeln.

Auch habe er gehört, dass Wädenswil keinen Alleingang machen solle. Aber was passiere, wenn jeder stehen bliebe, aus Angst, der Erste zu sein, der einen Schritt mache. Wie kämen sie so je voran. Aber zum Glück stelle sich die Frage eigentlich gar nicht. Sie würden nämlich gar nicht vorangehen, das hätten schon andere gemacht. Nebst dem Kanton Zürich hätten auch die Kantone Fribourg, Basel-Stadt, Waadt, Jura sowie die Gemeinden Liestal, Olten, Bülach, Genf und Wil den Notstand als Notstand anerkannt. Das sei erst die Schweiz, wenn er jetzt noch die Gemeinden im Ausland aufzählen würde, gebe es eine Doppelsitzung. Sie hätten eine Klimakrise, aber langsam bewege sich die Politik. Sie sollen heute und auch in allen zukünftigen Ratssitzungen mithelfen, damit sich auch Wädenswil bewege.

Stadtrat Werke Ernst Brupbacher informiert, dass der Stadtrat nicht bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen. Es sei zwar schön, wenn alle mitgestalten wollten, was eigentlich Aufgabe der Energiekommission als vorberatende Kommission des Stadtrats sei. Das Thema sei omnipräsent - man sehe es hinten rechts (er weist auf Personen mit Transparenten im Publikum) - und wichtig, das sei auch dem Stadtrat bewusst. Es gehe nicht darum, dass der Stadtrat nichts zu diesem Thema machen wolle. Es sei einfach nicht sinnvoll, auf die Schnelle neue Ziele für Wädenswil in die Welt zu setzen, die nicht abgestimmt seien mit der Klima- und Energiepolitik des Kantons und der gesamten Schweiz. Wädenswil arbeite seit sieben Jahren zielorientiert, systematisch und mit Erfolg, auch wenn das bisherige

Tempo noch erhöht werden müsse. Die Systematik, die schlussendlich zur weiteren Reduktion der CO₂-Emissionen führen werde, solle nicht verlassen werden, sie sei auf der Agenda. Die Überarbeitung der Energieplanung und damit auch der Masterplan 2020plus sowie die Erfolgskontrolle des Masterplans seien mit schärferen Zielen zu versehen, das sei ihnen ganz klar. Der überarbeitete, klar verschärfte Masterplan 2020plus werde dann vom Stadtrat behandelt und verabschiedet. Dann gehe es an die Umsetzung, die sicher nicht einfach werde, das sei ihnen klar. Taten und Umsetzungen seien dann gefragt, ohne Wenn und Aber. Die Klimapolitik sei aber leider eine langfristige Sache und sei mit Schnellschüssen und der Verkündung eines Klimanotstands nicht einfach zu lösen.

Anstelle eines Postulats betreffend Klimanotstand einzureichen, wäre es viel dienlicher, eine enge Zusammenarbeit anzustreben, um bei der Umsetzung der neuen schärferen Massnahmen zur Erreichung der Absenckziele des CO₂-Ausstosses bis 2030 und 2050 mitzuarbeiten. Er habe im Kanton etwas recherchiert und habe in Wetzikon eine Motion zum gleichen Thema, mit den gleichen Sätzen und der gleichen Forderung gefunden. In Adliswil gebe es ein Postulat mit dem Titel „Massnahmen zur Erreichung der Klimaziele“, das am 3. April 2019 eingereicht worden sei, jedoch keine Forderung zur Ausrufung des Klimanotstands beinhalte. Genau einen Tag später schreibe Christian Gross fast wortwörtlich das gleiche Postulat irgendwo ab und nehme als zusätzlichen vierten Punkt die Forderung zur Ausrufung des Klimanotstands „in der Wädenswil“ auf. „Die Wädenswil“ sei ein Schiff auf dem Zürichsee, das bringe wohl nichts. Auch Plagiate, die abgeändert würden, müssten am Schluss nochmals durchgelesen werden. Die SP Wädenswil habe im Parlament gute und gescheite Leute, die sicher auch beim Durchlesen eines Klimanotstand-Schnellschusses helfen würden.

Das Fazit sei, dass das Postulat nicht nötig sei. Es raube wertvolle Zeit in der Energiekommission. Auch ohne Postulat werde an diesem wichtigen Thema gearbeitet. Die Vorgaben, das Ziel und das Tempo würden verschärft.

Die Diskussion ist automatisch eröffnet.

Sandy Bossert, SVP, teilt mit, dass sie beim Ausruf des Notstands an bewaffnete Panzer denke, die an der Grenze stünden und nicht an ein hysterisches Postulat von linker Seite. Sie selber würden von der Symbolik reden und dass es keine juristische Bedeutung habe, Moritz Leuenberger hin oder her. Sie finde, dass in Wädenswil besser Sachpolitik gemacht werden müsse. Im Moment hätten sie viele brennende Themen wie AuPark, Schulhaus Ort etc. Diese Themen zusammen zu diskutieren und Lösungen zu finden, nütze mehr, als einem Gruppenzwang nachzugeben und irgendwelchen fast schon sektenmässigen Ideologen zu folgen. Immer wieder werde in diesem Rat betont, dass Wädenswil eine Bildungs- und Forschungsstadt sei. Sie frage sich, wo nun das Vertrauen in die Forschung bleibe. Bereits heute würden praktisch alle Siedlungsabfälle vergast und so Energie gewonnen. Auch Holz als nachwachsender Rohstoff und wichtiger CO₂-Umwandler sei ein direkter Energieträger. Gerade im Moment laufe wieder ein Projekt der ZHAW. Bei diesem werde untersucht, wie aus Gülle einfacher und effizienter Energie gewonnen werden könnte. Mit dem Postulat werde die Verwaltung beschäftigt. Das nenne sie Ressourcenverschwendung. Die Forschung und die Wissenschaft hätten bereits viel erreicht und es werde weiter gemacht.

Ein persönlich grosses Anliegen sei ihr, dass die regionale Landwirtschaft einen grossen Beitrag im stark bevölkerten Kanton leiste, indem sie vor Ort Nahrungsmittel produziere. Einheimisches Fleisch, Gemüse und Früchte hätten kurze Transportwege und würden nach den heutigen strengen Swissness-Auflagen hergestellt. Bei einem Selbstversorgungsgrad von etwas mehr als 50% dürfe die produzierende Landwirtschaft nicht vernachlässigt werden. Zur Erinnerung, alles was hier nicht geerntet werden könne, müsse an einem anderen Ort angepflanzt und mit einem Flugzeug oder Lastwagen transportiert werden. Darum sei auch die Idee von weiterer Extensivierung in der Schweizer Landwirtschaft mit Vorsicht zu betrachten. Probleme auszulagern sei nicht das gleiche wie Probleme zu lösen. Jeder von ihnen könne aktiv etwas für die Umwelt tun, indem er konsequent einheimische Lebensmittel einkaufe und so den CO₂-Ausstoss minimiere.

Angelo Minutella, GLP, führt aus, dass er sich wirklich Mühe gebe. Er beziehe seit 20 Jahren ausschliesslich Ökostrom. Er wohne in einem Niedrigenergiehaus mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach. Er fahre Velo bzw. Elektroauto, wenn er faul sei. Er esse wenig Fleisch und kaufe nach Möglichkeit regionale und saisonale Produkte. Er wisse aber auch, dass das alles sehr wenig bringe, ausser einem halbwegs guten Gefühl, das sich sofort in Luft auflöse, sobald er ins Flugzeug steige.

Das Klimaproblem lasse sich nicht mit individuellen Entscheidungen lösen. Weder freiwilliges ethisches Verhalten von grossen Unternehmen noch einsichtige Mitmenschen würden sie retten. Er frage sich, ob sie glauben würden, dass sich das Ozonloch geschlossen hätte, wenn in den achtziger Jahren dem Konsumenten die Entscheidung überlassen worden wäre, auf FCKW in Haarsprays und Kühlschränken zu verzichten. Oder ob sie glauben würden, die Wälder hätten gerettet werden können, wenn die Autofahrer freiwillig auf verbleites Benzin verzichtet und für Katalysatoren zusätzlich bezahlt hätten. Der Mensch sei leider sehr oft kurzfristig und rücksichtslos, das wüssten sie schon längst. Das Tolle daran sei, dass sie über sich selber hinauswachsen könnten. Kein verbleites Benzin, kein FCKW mehr usw.; lauter vom demokratisch gewählten Parlament getroffene Entscheidungen. Gesellschaftlicher Fortschritt sei kein individueller Prozess. Es sei ein gemeinsames Sich-Überwinden. Der Klimanotstand könne nur dann in den Griff bekommen werden, wenn kollektiv gehandelt werde, das heisst, politisch und überregional.

Sie würden glauben, dass bereits genügend gegen die Klimaerwärmung getan werde. Gemäss aktuellen Berechnungen der ETH seien die Gletscher in 80 Jahren verschwunden. Der stetig steigende Permafrostlevel lasse die Berge einstürzen und diese müssten mit hohen Kosten stabilisiert werden. Wie würden sie den Enkelkindern erklären, dass sie im Erdölrausch jahrzehntelang Milliarden von Franken exportierten hätten, statt lokal mit dem Gewerbe, den Landwirten und den Hochschulen in zukunftsfähige Lösungen zu investieren. Seit dem Besuch der Umweltarena wüssten sie, dass die Wädenswiler Dachflächen nicht nur den gesamten Stromverbrauch abdecken könnten, sondern auch genügen würden, um zukünftig sämtliche Elektroautos und Elektrobusse laden zu können. Er frage sich, warum die Klimabewegung das Vorstellungsvermögen gewisser Personen, Gemeinderäten und Stadträten, übersteige. Die notwendigen Veränderungen begännen im Kopf. Der Energiehaushalt müsse saniert werden und dafür werde ein mehrheitsfähiges Parlament, das Gewerbe und die Landwirtschaft benötigt, die Lust auf eine Zukunft hätten.

Mit der Unterstützung dieses Postulats würden sie ein politisches Zeichen setzen für globale Verantwortung und lokales Handeln. Zudem würde der Druck auf die Regierungen erhöht, sei es auf Kantons- oder Bundesebene um sich für eine überregionale Klimapolitik einzusetzen. Für verbindliche, stärkere CO₂-Einsparungsziele, für eine überregionale CO₂-Steuer, für massive Investitionen in erneuerbare Energien, für alternative Mobilität und für verbindliche internationale Abkommen, aber vor allem für die Zukunft der Kinder und Enkelkinder.

Claudia Bühlmann, Grüne, sagt, dass es absolut höchste Zeit sei zu handeln und nicht mehr nur zu schwatzen, deshalb würden die Grünen dieses Postulat sehr begrüssen. Forscherinnen und Forscher sowie Kinder und tausende von Menschen würden sagen bzw. zeigen, dass gehandelt werden müsse, wenn sie eine Zukunft haben wollen, und zwar jetzt. Sie alle können handeln und sie hätten es in der Hand. Wädenswil sei eine Stadt von beachtlicher Grösse und könne einiges bewirken. Als Vorbild könnten die stadteigenen Liegenschaften energetisch saniert und CO₂-frei beheizt werden. Es könnten Anreize und Regeln für private Bauherren und auch -frauen geschaffen werden, damit auch private Siedlungen CO₂-neutral beheizt würden. Es seien Grundlagen zu schaffen, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Sie sage, sie könnten, weil sie das könnten, aber die Zeit dränge und somit müssten sie handeln. Vieles werde bereits getan, es müsse jedoch noch mehr gemacht werden.

Thomas Koch, FDP, führt aus, dass ihnen ein Papier vorliege, das offensichtlich von der kantonalen Parteizentrale der SP ausgearbeitet und per Ukas an die SP-Parteisoldaten zur kommunalen Verbreitung befohlen worden sei. Ein Bezug zu Wädenswil, eine Frage, was hier im Bereich Klima konkret mit den vorhandenen Mitteln gemacht werden könne, enthalte das Postulat nicht. Als einziger Bezug zu Wädenswil sei der Name von Christian Gross erkennbar, den er unter das Wiederkäuer-Papier gesetzt habe. Das einzige Individuelle, das er eingebracht habe sei, dass er für seinen Namen eine andere Schriftart gewählt habe, als der Rest des Papiers.

Inhaltlich sei das Postulat populistisch und bringe der Umwelt gar nichts. Im Gegenteil, es halte, wie bereits von Ernst Brupbacher gehört, den Stadtrat und die Verwaltung davon ab, ihre ganze Kraft für die Umsetzung der Klimaziele einzusetzen. Das Postulat produziere nur unnötigen Aufwand und, da sei er mit Sandy Bossert einverstanden, verschleisse Ressourcen, Kosten, aber auch Energie.

Der Klimawandel sei Tatsache und der Handlungsbedarf sei allen bekannt. Es brauche keinen roten Weckruf, der trittbrettfahrerisch auf der Welle der Klimadiskussion mit surfe, auf Panik mache und realitätsfremde Forderungen aufstelle. Es brauche Taten statt Worte und das in Wädenswil, auf kommunalen Ebene, wo sie Einfluss hätten und etwas bewegen könnten. Taten, „kommunal“ und nicht „global“ seien gefragt. Auch in diesem Punkt sei das Postulat völlig realitätsfremd und erinnere eher an einen Marvel-Film, der sein Sohn gerade schaue. Der aufrechte tapfere Stadtrat von Wädenswil kämpfe, einzig unterstützt von ein paar getreuen Helden von anderen Exekutiven, gegen das Weltübel an und drossle die globale Erwärmung im Alleingang. Das sei Unsinn, das sei Augenwischerei.

Die FDP stehe hinter den Klimazielen von Paris und wolle diese auch erreichen. In Wädenswil würden die FDP-Vertreter die Sachgeschäfte und insbesondere die kommunalen Bauvorhaben stets auch unter dem Gesichtspunkt der Klimaverträglichkeit prüfen. Energetische

Vorstösse und Massnahmen würden nach Wirksamkeit, Effizienz und Sozialverträglichkeit beurteilt. Sie würden das, zusammen mit allen Parteien, auch in Zukunft zielorientiert und ohne Lärm weiterhin machen. Schaumschlägerei sei in dieser Situation fehl am Platz und bringe rein gar nichts. „Liefere statt lafere“ heisse die Antwort auf dieses populistische Postulat.

Aus diesen Gründen seien die FDP-Mitglieder der Fraktion geschlossen gegen die Überweisung des Postulats.

Gabi Bachmann, EVP, sagt, dass der Ausdruck „Taten statt Worte“ sie im Moment reize. Als im Rat die Sanierung eines Gebäudes behandelt worden sei, hätten sie infolge Spargründen nicht einmal alle Fenster sanieren wollen. Sie frage sich, wo hier die Taten seien. Das komme ihr gerade in den Sinn. Das vermisse sie etwas. Man könne viel sagen oder es eben tun.

Die Stossrichtung des Postulats sei im Sinne der EVP. Sie fänden es wichtig und richtig. Der Begriff Notstand störe die EVP tatsächlich auch etwas. Eventuell habe der Stadtrat eine kreative Idee, wie es anders genannt werden könnte wie beispielsweise Klimapartnerschaft, Klimafreundschaft. Das Wort Notstand gefalle ihnen auch nicht. Trotz des unglücklichen Words würden sie wegen der Symbolkraft für das Postulat stimmen.

Christina Zurfluh Fraefel, SVP, teilt mit, dass mit den Schlagwörtern Klimastreik, Klimanotstand oder Klimakrise aktuell mobilisiert und politisiert werde. Politisiert nicht im klassischen Sinn mit konkreten Vorstössen, sondern auf der ganz hohen Flughöhe. Auf der ganz tiefen, lokalen Flughöhe, also bei einem selber, könnten ganz einfache Massnahmen ergriffen werden wie:

- lokale Nahrungsmittel kaufen. In Wädenswil hätten sie einige Hofläden bei den Bauern.
- Qualität in der Bekleidung, anstatt jeden Monat etwas Neues über Zalando und Co. im Internet zu bestellen.
- selber kochen, anstatt Convenience Food mit einem Berg an Verpackung, der dann wieder entlang der Strassen liegen bleibe (Thema Littering).
- Kinder im Freien spielen lassen, anstatt vor dem Computer.
- Pusch Lektionen in und mit den Schulen seien ein erster Schritt dazu.
- möglichst das Licht in der Wohnung auszuschalten.

Gerade in der heutigen Multikulti-Gesellschaft müssen die Basiswerte immer wieder an die Frau bzw. den Mann gebracht werden. Auch die Elektrizität müsse zuerst produziert werden, bevor ein Elektroauto gespiesen werden könne. Dass diese nicht unbedingt aus den Braunkohle Kraftwerken aus Deutschland stammen solle, darüber seien sie sich einig. Es brauche also vor allem auch dort Forschung und Entwicklung zusammen mit den Hochschulen, und zwar national und international. Wie bereits gehört, werde in Wädenswil viel gemacht. „Tue Gutes und sprich darüber“ und zwar genauso systematisch und wiederkehrend wie die Klimademos.

Patrick Höhener, Grüne, sagt, dass er damit einverstanden sei, dass der Titel des Postulats relativ stark sei. Wenn er jedoch die diversen Voten gehört habe, habe er das Gefühl, dass ein gewisser Fatalismus da sei. Es werde gesagt, es komme irgendeinmal schon gut und es solle nicht vorgeprescht werden. In der NZZ habe es am vergangenen Samstag einen Artikel gehabt mit dem Titel „Klimaversagen - Was dem Klima wirklich hilft.“ Er habe den Artikel dabei. Dieser stamme von zwei Wirtschaftsprofessoren und nicht von Ökologen. Der letzte Satz im Artikel laute „Der beste Klimaschutz ist deshalb gute lokale Umweltpolitik.“ Dies aus einem einfachen Grund, weil sie sich lokal verantwortlich fühlen würden. Niemand fühle sich global verantwortlich. Es liege immer an den anderen. Es bringe nichts, wenn sie etwas tun würden. Genau deshalb sei es wichtig, lokal Zeichen zu setzen und zu handeln. Fatalismus sei hier völlig fehl am Platz. Zu hoffen, dass alles gut komme, sei eine bequeme Haltung, klappe und lange nicht. Angelo Minutella habe bereits erklärt, wie sie es den Nachkommen erklären wollen, wenn man einfach alles passieren lasse.

Schlussabstimmung mit Stimmenzählern:

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulats betreffend Klimanotstand mit 19:14 Stimmen ab.

17.08.40

5. Motion von Christian Gross, SP, und Lukas Wiederkehr, CVP, vom 16. April 2019, betreffend Vaterschaftsurlaub; Begründung

Christian Gross, SP, teilt mit, dass Frauen weniger Lohn erhalten würden und weit überdurchschnittlich von Altersarmut betroffen seien. Männer würden jünger sterben und hätten weitaus mehr Unfälle. Sie würden sich sicher fragen, was das alles mit der vorliegenden Motion zu tun habe.

Nach der Geburt des ersten Kindes würden die Mütter erstmal zu Hause bleiben, während die Väter arbeiten würden bzw. müssten. Nach einigen Monaten sei dann klar, dass die Mutter das mit der Erziehung besser könne und viel besser wisse, was das Kind wolle und brauche. Irgendwie wenig überraschend, da der Vater immer arbeiten gegangen sei. Die Rollenenteilung beginne mit der Ferienregelung, schleife sich schnell ein und habe dann massive Konsequenzen. Der viel zitierte „Gender-Pay-Gap“, der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen, könne auch als „Mother-Pay-Gap“ interpretiert werden. Während die Väter lohnässig nicht unter der Geburt des ersten Kindes leiden würden, würden die Löhne der Frauen ab diesem Punkt stagnieren.

Ihm sei natürlich klar, dass mit vier Wochen Vaterschaftsurlaub nicht alle Probleme der Welt gelöst werden könnten. Aber es helfe eben doch, es bringe eine Entlastung. Einerseits für die Väter, er denke, das sei offensichtlich. Wenigstens vier Wochen lang hätten Väter neu Zeit, wirklich Vater zu sein, und zwar ganz und nicht einfach am Abend noch nebenher. Zudem entlaste es auch die Mütter, und zwar nicht nur während der vier Wochen, in denen der Mann den ganzen Tag Zeit habe, das Kind zu betreuen, sondern auch danach. Diese vier Wochen würden auch langfristig eine fairere Rollenteilung ermöglichen. Zuletzt solle auch das Kind nicht vergessen werden. Zwei Eltern seien besser als nur jemand. Vor allem, wenn

es zwei Eltern seien, die auch wirklich da seien und nicht nur ein Mami plus der Papi, der jeweils auf Ausflügen dabei sei.

Ein Vaterschaftsurlaub helfe auch Wädenswil als Arbeitgeberin, wenn sie Mitarbeitende suche. All diese Vorteile seien relativ billig zu haben. Die Kosten würden sich ihrer Meinung nach im Rahmen halten, da man nicht ständig Vater werde und die Absenz relativ gut planbar sei. Bei dieser Motion würden sie von vier Wochen sprechen. Er rufe in Erinnerung, dass es im Vergleich zu Europa, wo es teilweise halbe und ganze Jahre Urlaube gebe, wahnsinnig wenig sei. Ein Vaterschaftsurlaub helfe Vätern, Müttern und den Kindern.

Er hoffe, der Stadtrat berücksichtige dies in seiner Beratung. Er sei gespannt auf die Antwort.

Gemeinderatspräsident André Zürcher teilt mit, dass gemäss Artikel 54 Absatz 1 Geschäftsreglement Gemeinderat der Stadtrat an der nächsten Gemeinderatssitzung zu erklären habe, ob er bereit sei, die Motion entgegenzunehmen. Ein Ablehnungsantrag oder ein Antrag auf Umwandlung in ein Postulat habe er schriftlich zu begründen.

Die Motion geht zur Stellungnahme an den Stadtrat.

08.08.20

6. Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 18. April 2019, betreffend Energiesparcontracting (ESC) in Wädenswil; Begründung

Ulrich Reiter, Grüne, führt aus, dass er die drei Schlagwörter aus der Diskussion um den Klimanotstand aufgreife, nämlich Sachpolitik, Energiekommission und einheimisches Schaffen. Alle diese drei Schlagwörter hätten die Bürgerlichen genutzt, um zu argumentieren, dass das Postulat betreffend Klimanotstand nicht notwendig sei. Aber aufgrund dieser drei Punkte werde die Kinderkrippe nicht energetisch saniert, obwohl gerade hier Sachpolitik hätte betrieben werden können. Die Energiekommission sei in diesem Projekt stark involviert gewesen, auch ihr Mitglied. Trotz der Empfehlung, die Krippe energetisch zu sanieren, sei dies abgelehnt worden. Einheimisches Schaffen sei gefordert worden. Das werde nun nicht unterstützt, da nicht energetisch saniert werde. Es würden keine einheimischen Dämmstoffhersteller und Installateure unterstützt. Stattdessen würden weiterhin jährlich Unsummen für den Gaseinkauf nach Russland oder arabischen Länder überwiesen, statt Geld hier zu investieren.

Zum Glück gebe es unter anderem die Möglichkeit, solche Projekte über andere Möglichkeiten zu finanzieren, nämlich mit dem sogenannten Energiesparcontracting, wenn die Stadt Wädenswil meine, solche Investitionen nicht selber stemmen zu können.

Sie würden den Stadtrat auffordern, das Energiesparcontracting eingehend zu prüfen. Gerade dann, wenn er das Gefühl habe, solche Dienstleistungen bzw. Projekte nicht finanzieren zu können. Es gebe die Möglichkeit, das Geld hier zu investieren und nicht mit einem weiteren Gaseinkauf irgendwo auf der Welt.

Die Interpellation betreffend Energiesparcontracting (ESC) in Wädenswil geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

15.05

7. Interpellation der Fraktion der Grünen, vom 18. April 2019, betreffend beratende Kommissionen des Stadtrats; Begründung

Patrick Höhener, Grüne, teilt mit, dass sie zur Interpellation verschiedene Fragen hätten, die durch den überraschenden Rücktritt eines langjährigen Mitglieds der Partei aus der Energiekommission ausgelöst worden seien. Er fasse zusammen, um was es eigentlich gehe:

- Welche Vorgaben gebe es in Bezug auf die Zusammensetzung der Kommissionen, definierte Aufgaben, Qualitätsanforderungen etc.
- Gebe es formale Kriterien, die Mitglieder einer Kommission erfüllen müssen.
- Es gebe unterschiedliche Mitglieder einer Kommission, nämlich "normale" und „beratende“ Mitglieder. Was seien die Unterschiede zwischen diesen Mitgliedern hinsichtlich Kompetenzen, Aufgaben und Stimmberechtigung. Ihnen sei nicht klar, wie das genau aussehe.
- Hinsichtlich Zusammensetzung der Kommissionen gebe es Kommissionen, die mehrheitlich bzw. nur aus Mitgliedern des Stadtrats bestünden und es gebe Kommissionen, bei denen auch externe Fachpersonen Mitglieder seien. Wie lege der Stadtrat die Zusammensetzung einer Kommission fest.
- Es gebe ständige und nichtständige Kommissionen. Aufgrund welcher Kriterien würden ständige bzw. nichtständige Kommissionen eingesetzt.
- Wie besetze der Stadtrat künftig Kommissionen in Bezug auf die neuen Ortsteile Schönenberg und Hütten, aber auch der Au. Würden alle einbezogen oder sei es egal, woher die einzelnen Mitglieder kämen.

Das seien kurz zusammengefasst die Fragen der Fraktion der Grünen.

Die Interpellation betreffend beratende Kommissionen des Stadtrats geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

33.06

8. Postulat von Lukas Wiederkehr, CVP, Michael Weiss, GLP, und Christian Gross, SP, vom 11. Dezember 2017, überwiesen am 19. März 2018, betreffend Urban Gardening in Wädenswil; Beantwortung

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser führt aus, dass der Stadtrat grundsätzlich erfreut sei, dass sich die Politik bzw. die Politikerinnen und Politiker auch für schön gepflegte Grünanlagen im Stadtgebiete einsetzen würde. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel setze sich auch der Stadtrat und insbesondere die Abteilung Planen und Bauen gerne dafür ein. Wer es nicht glaube, könne den Glärnischkreisel beobachten, der in voller Blüte stehe. Dieser Kreisel sei mit wenig Aufwand für die Stadt erstellt worden. Leserbriefe seien keine

erschieden, wenn die Flächen abnähmen oder nicht mehr so schön seien, werde jedoch Opposition laut. Dies als Nebenbemerkung.

Die Antwort auf das Postulat sei kurz ausgefallen. Er sei der Meinung, dass die Arbeitsgruppe Landschafts- und Entwicklungskonzept (LEK), die für dieses Thema zuständig sei, und die verantwortliche Abteilung Planen und Bauen die Anliegen der Postulanten bereits im vergangenen Jahr ernst genommen und diese im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel auch umgesetzt hätten. Jedenfalls seien an den erwähnten Orten kleine, grüne Oasen entstanden, und zwar nicht mit Steuergeldern, sondern durch initiative Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die für die Betreuung der Oasen Verantwortlichen hätten dabei sicherlich etwas gelernt und erfahren. Vorerst hätten sie vielleicht eine kleine aber doch nennenswerte Ernte einbringen können. Auch hier eine Frage an alle, ob sie den momentan wunderschön blühenden Inkarnatklée hinter dem Stadthaus schon gesehen hätten. Claudia Bühlmann schmunzle. Sie schaue diesen Klée jeden Tag an.

Auch der soziale Aspekt beim Bebauen und Gestalten solcher Flächen dürfe nicht unterschätzt werden. Insbesondere zum neu geschaffenen Garten im Gwad habe er sehr positive Rückmeldungen zur Zusammenarbeit von Asylanten, Anwohnern und Initianten bekommen.

Zusätzlich zu den in der Antwort erwähnten Aktivitäten gebe es ab diesem Frühling die Möglichkeit, die Ortstafeln an den Einfahrtsstrassen im ganzen Stadtgebiet mit Blumenschmuck zu bepflanzen. Die Ortstafeln in Hütten würden bereits seit mehreren Jahren durch tüchtige Frauen dekoriert und gegen eine kleine Entschädigung auch gepflegt. Bei Interesse könne man sich bei der Abteilung Planen und Bauen melden. Es gebe ja noch mehrere Ortstafeln an der Seestrasse, Zugerstrasse und der Schönenbergerstrasse.

In diesem Sinne hoffe er, dass die Postulanten mit der Antwort zufrieden seien und beantrage die Abschreibung des Postulats.

Lukas Wiederkehr, CVP, bedankt sich für die Beantwortung des Postulats durch den Stadtrat. Heute hätten sie eine ökologische Gemeinderatssitzung. Wie sie bereits gehört hätten, solle lokal angefangen und etwas verändert werden; also konkret im Siedlungsgebiet von Wädenswil. Der Stadtrat halte in seinen Legislatorschwerpunkten zu Umwelt, Energie und Mobilität auch die Biodiversität im Siedlungsgebiet fest, also ein top aktuelles Thema. Die beschriebenen Projekte in der Antwort des Postulats würden Freude machen und würden zeigen, dass der Stadtrat offen sei für moderne innovative Projekte. Der offene Umgang der Stadt, beispielsweise mit dem Projekt „Transition Wädenswil“, sei positiv. Die Gruppe sei sehr aktiv und organisiere immer wieder empfehlenswerte und interessante Veranstaltungen. Die guten Erfahrungen in diesem Bereich könnten auch Anregung sein, um noch etwas mutiger und aggressiver mit dem Thema umzugehen. Es sei zu überlegen, wie öffentliche Kleinflächen für die allgemeine Bevölkerung möglichst einfach und unbürokratisch zugänglich gemacht werden könnten. Es stelle sich auch die Frage, wie die Bevölkerung aktiv fürs Gärtnern in der Stadt begeistert werden könnte bzw. die Möglichkeit zu promoten. Es wäre hilfreich, wenn die Stadt einen Plan oder etwas Ähnliches veröffentlichen könnte, auf dem

die Grünflächen definiert und die für das „Götti-Projekt“ geeignet seien. Die Menschen müssten manchmal zu ihrem Glück gezwungen werden.

Er sei gespannt, wie sich die verschiedenen Projekte weiterentwickeln würden und freue sich auf ein biodiverses Wädenswil.

Das Postulat betreffend Urban Gardening in Wädenswil gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

16.12.40

9. Postulat der SP-Fraktion, vom 16. Januar 2018, überwiesen am 19. März 2018, betreffend Verbesserung der Suchfunktion auf www.waedenswil.ch; Beantwortung

Stadtpräsident Philipp Kutter führt aus, dass die Webseite zweifellos ein wichtiges Kommunikationsmittel der öffentlichen Verwaltung sei. Deshalb sei es dem Stadtrat ein Anliegen, dass diese möglichst benutzerfreundlich gestaltet werde. Sie werde immer wieder überarbeitet und verbessert durch sogenannte periodische „Releases“. Leider habe er kein passendes deutsches Wort dazu gefunden. Damit würden Schwächen behoben. Solche Erneuerungsrunden brauche es weiterhin. Denn erstens sei die Webseite der Stadt sicher noch nicht perfekt, und zweitens würden sich auch die Bedürfnisse der Gesellschaft an die Onlineplattformen ändern. Früher sei die Webseite in erster Linie eine Visitenkarte gewesen, heute stünden mehr und mehr Online-Dienstleistungen im Vordergrund. Das gehe auch anderen Gemeinden so und nicht nur Wädenswil. Die Webseiten von Gemeinden seien etwas Spezifisches und die Bedürfnisse der Gemeinden seien durchaus vergleichbar. Die Stadt Wädenswil arbeite darum seit vielen Jahren mit einer spezialisierten Webanbieterin zusammen, der Firma Innovative Web AG (i-web.ch). Das bringe Vorteile, weil diese Firma sehr versiert sei und genügend Kunden habe, damit sich auch Neuentwicklungen lohnen würden. Eine solche Neuentwicklung sei eine digitale Assistenz, die die Benutzerinnen und Benutzer zur gesuchten Stelle auf der Webseite führen oder eine gewünschte Auskunft erteilen würden, den so genannten „Chatbot“. Neben generellen Verbesserungen beteilige sich die Stadt Wädenswil an diesem Pilotprojekt, um die Bedienerfreundlichkeit zu verbessern. Er hoffe, dass es für die Benutzerinnen und Benutzer eine wertvolle Hilfestellung im digitalen Kontakt mit der Stadtverwaltung gebe. Ziel sei die Inbetriebnahme des Chatbot anfangs 2020. Er hoffe, dass sie diesen im positiven Sinn kennen lernen dürften. Die Assistenz frage nach dem Anliegen und stelle je nach Antwort passende Folgefragen. Damit solle man besser ans Ziel kommen und besser navigieren können. Es sei nicht so, dass der Stadtrat erwarte, dass mit dem Chatbot alles gelöst werden könne. Er sei ein Element der Weiterentwicklung der Webseite. Die Weiterentwicklung werde unabhängig des Chatbots weitergehen. Der Stadtrat habe „Die digitale Stadt“ als einen von fünf Legislatorschwerpunkten definiert. Die Webseite einer Verwaltung sei da ein zentrales Element. Er hoffe darum, dass sie in etwa drei Jahren noch auf weitere Erneuerungen zurückschauen könnten.

Gestützt auf diesen Bericht beantrage er dem Gemeinderat, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Beatrice Gmür, SP, dankt für die Antwort von Philipp Kutter. Sie habe gesehen, dass die Webseite überarbeitet worden sei. Sie sei attraktiver und komme moderner daher, habe schöne grosse Bilder und die Suchfunktion sei verbessert worden. Es sei aber schon so, dass heute in der digitalen Zeit und mit der Datenmenge, die zunehme, die Suchfunktion das A und O sei. Sie danke dafür, dass die Suchfunktion verbessert worden sei. Der Druck müsse aber hochgehalten werden, damit der Hersteller die Webseite auch weiterentwickle. Bei der Begründung des Postulats habe sie gesagt, wenn die Stadtverwaltung betreten werde, habe es dort Mitarbeitende, die einem helfen würden. Sie nehme an, dieser „Chatbot“ sei sowas ähnliches, also ein digitaler Mitarbeiter, der ebenso effizient sei und einem helfe, zum Ziel zu finden. Sie sei sehr gespannt und sie freue sich darauf. Wichtig sei, dass der Hersteller zu spüren bekomme, dass es wichtig sei, Informationen zu finden.

Das Postulat betreffend Verbesserung der Suchfunktion auf www.waedenswil.ch gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

15.04.40

10. Postulat von Judith Fürst, SP, vom 12. März 2018, überwiesen am 9. April 2018, betreffend Stadtratsbeschlüsse aktiv publizieren; Beantwortung

Gemeinderatspräsident André Zürrer informiert, dass die Beantwortung des Postulats auf Wunsch von Judith Fürst auf die nächste Sitzung verschoben werde, da sie heute krankheitshalber abwesend sei. Er wünsche ihr an dieser Stelle gute Besserung.

06.03.01

11. Einbürgerungen

Gegen die von der Bürgerrechtskommission beantragten 12 Einbürgerungen gibt es keine Wortmeldungen und Gegenanträge. Somit wird ihnen unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt.

Gemeinderatspräsident André Zürrer fügt hinzu, dass mit der Zustimmung durch den Gemeinderat alle heute Abend das Wädenswiler Bürgerrecht erworben hätten, unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton. „Herzliche Gratulation an alle.“ Er bitte sie, dass sie doch von den neuen Rechten Gebrauch machen und sich am Wädenswiler Stadtleben beteiligen sollen. Der Stadtrat führe zwei Mal pro Jahr einen Neubürger- und Neuzuzügeranlass durch. Dazu seien sie herzlich eingeladen. Sie würden in absehbarer Zeit entsprechend Post erhalten. Die eingebürgerten Personen sollen nach der Sitzung noch kurz nach vorne an den Tisch kommen. Ihnen werde noch ein kleines Präsent überreicht.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.

Gemeinderatspräsident André Zürrer schliesst die Sitzung.

Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv.